



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Drs. 18/8595, 18/10748

Digitalisierung in der Pandemie – Lessons learned

Ein einfaches Zurück zum Status quo ante darf es nach der Bewältigung der Coronakrise im Bereich der Digitalisierung nicht geben. Denn in vielen Bereichen – sowohl in der Privatwirtschaft als auch im öffentlichen Sektor – ist es zu einer verbesserten Nutzerfreundlichkeit und effizienteren Prozessen gekommen. Dies gilt auch für die Behörden im Freistaat.

Vor diesem Hintergrund ist es nach etwa vier Monaten seit dem Ausbruch der Coronakrise in Deutschland an der Zeit, ein erstes Zwischenfazit zu ziehen, um zu identifizieren, welche Entwicklungen bei der Digitalisierung im öffentlichen Sektor des Freistaates gut verlaufen sind und an welchen Stellen digitale Prozesse initiiert oder verstärkt werden müssen.

Aus diesem Grund wird die Staatsregierung zu Folgendem aufgefordert (bis Ende des zweiten Quartals 2021):

- Erstellung eines Zwischenberichts, der die durch die Coronakrise kurzfristig erforderlich gewordenen Digitalisierungsmaßnahmen
 - innerhalb der Behörden des Freistaates sowie
 - in der Kommunikation der Behörden mit den Bürgernanalysiert und im Hinblick auf eine mögliche dauerhafte Weiterführung bewertet
- Sammlung, Dokumentation und Prüfung der Umsetzbarkeit solcher Digitalisierungsmaßnahmen an der Schnittstelle von Behörde und Bürger, die von Bürgern vorgeschlagen wurden

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident